

www.kpoe-steiermark.at
Allerhand
aus Stadt
und Land

Einbettzimmer- zuschlag in Altenheimen: Antrag abgelehnt

Die KPÖ stellte den Antrag, im Budget Finanzmittel vorzusehen, um für Insassen von Pflegeheimen die Kosten des Einbettzimmerzuschlages abzufedern. Land und private Betreiber haben sich auf einen Vertrag geeinigt, der es den Heimbetreibern erlaubt, bis zu 6 Euro pro Tag von den Heimsassen als Einbettzimmerzuschlag zu verlangen. Die meisten Bewohner von Altenheimen haben kleine Pensionen. Sie finanzieren diesen Einbettzimmerzuschlag mit den 20 Prozent ihrer Pension, die ihnen per Gesetz zur Deckung ihrer persönlichen Ausgaben bleiben müssen. Bei 180 Euro Einbettzimmerzuschlag im Monat bleibt dann kaum etwas für den persönlichen Bedarf. Der KPÖ-Antrag sieht vor, Bezieherinnen und Bezieher von kleinen Pensionen vom Einbettzimmerzuschlag zu befreien. Je nach Pensionshöhe sollte der Zuschlag zwei, jedoch nicht mehr als maximal vier Euro am Tag betragen. Der Antrag wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP abgelehnt. Renate Pacher (KPÖ): „Ein Einbettzimmer in einem Altenheim darf im siebentreichsten Land der Welt kein Luxus sein!“



SPIELBERG STATT FOHNSDORF

Rennstrecke überflügelt Therme

Unter dem Titel „Spielberg neu“ sind im Landesbudget Mittel für eine Neuauflage des „Projektes Spielberg“ vorgesehen. Das Land hat dafür Grundstücke angekauft. Unter den Teppich wird bei all dem gekehrt: Es gibt auch ein „Spielberg alt“.

Spielberg alt“ bedeutet, dass Seine moderne und Millionen teure Rennstrecke in eine Baustelle verwandelt wurde, dass alle alten Bewilligungen erloschen sind. Alles, was auf dem Rennengelände künftig gebaut wird, bedarf neuer Genehmigungen. Bis heute hat freilich noch niemand die Verantwortung für den Abbruch des ehemaligen A1-Ringes übernommen.

Nun scheint die Neuauflage des Projektes Spielberg vielen Flügel zu verleihen, wobei es allerdings viele offene Fragen gibt. Welche Firmen werden sich finanziell beteiligen? Wird ein Projekt eingereicht, das umweltverträglich ist? Immerhin ist das Aichfeld ein Gebiet mit erhöhter Feinstaubbelastung. Wird es zu Einwendungen von Bürgerinitiativen kom-



Wasserhahn Therme Fohnsdorf: Seit Jahren ist alles vorbereitet

men und nicht zuletzt: Wie viel Geld muss das Land selbst in die Hand nehmen?

Gleichzeitig gibt es ein Projekt, das viel weiter gediehen ist als das Projekt Spielberg: Die Therme Fohnsdorf. Der Fohnsdorfer Gemeinderat hat ein Finanzierungskon-



Nach nicht einmal 10 Jahren wurde der A1 Ring zu Schutt gemacht. Nach dem Zerstörungswerk verloren die Betreiber das Interesse....

zept beschlossen. Die Mittel sollen über Anleihen am Kapitalmarkt aufgenommen werden. Ausständig ist eine Förderungszusage des Landes. Die Gemeinde Fohnsdorf haftet für die Rückzahlung der aufgenommenen Finanzmittel, falls die Erträge aus der Therme nicht ausreichen. Ein hohes Risiko für die Gemeinde Fohnsdorf, um den Bau der Therme zu ermöglichen.

Nachdem dieses Projekt für die ganze Region wichtig ist, hat KPÖ-LAbg. Renate Pacher im Landtag die Beteiligung des Landes an der Finanzierung und an der Haftung eingefordert. Doch das Land steht offensichtlich auf der Bremse. Der für Tourismus zuständige LH-Stellvertreter Hermann Schützenhöfer meint, das Thermenprojekt sei noch nicht ausgereift, es fehlen private Investoren und eine

schlüssige Finanzierung.

Nach Scheitern des Projektes Spielberg hat das Land der Region und der enttäuschten Bevölkerung viele Versprechungen gemacht. Nun gilt es, diese einzulösen. In anderen Regionen hat das Land Themen zur Gänze aus Landesmitteln errichtet, bei der Therme Fohnsdorf zielt sich das Land sogar mit einer Teilfinanzierung.

UNVEREINBARE ÄMTER

KNITTELFELD: LH Voves bestätigt KPÖ-Kritik

Stadtdirektor bei Stadt UND Stiftung: Ämter sind moralisch unvereinbar

Bewegung kommt in die Vorgänge um die Sparkasse Knittelfeld. Dort wurde

durch eine „geschickte“ Stiftungskonstruktion der Stadtgemeinde jeder Einfluss entzogen, was die KPÖ vehement kritisiert. Nun kommt Schützenhilfe von Landeshauptmann Franz Voves: „Ich halte es für politisch-moralisch unvertretbar, dass die Gemein-

de Knittelfeld nicht über das Stiftungsvermögen im Interesse der Bevölkerung disponieren kann. Aus politisch-moralischer Sicht ist für mich in dieser Konstruktion daher auch die Nebentätigkeit des amtierenden Stadtdirektors als Stiftungsvorstand unvereinbar.“